

Bio- und Gentechnologie Unverkennbar sind Fortschritte in der Medizin

Daß Medizin und Arzneimittelforschung sowie -herstellung von der Bio- und Gentechnologie profitiert haben, wollte bei der Aussprache über den CDU-Antrag „Ja zu den Chancen der Bio- und Gentechnologie, besonders in der Medizin“ niemand abstreiten. Es wurden aber auch die Ängste angesprochen, die viele Menschen empfinden, wenn es um die Gentechnik geht. Der Antrag wurde an die zuständigen Ausschüsse überwiesen (Drs.12/3137).

Rudolf Henke (CDU) richtete Kritik an die Position der GRÜNEN. Ihre als richtig bekräftigte unverhohlene Ablehnung der Gentechnik, sogar in der Medizin, werde den humanitären Chancen zur Anwendung der Bio- und Gentechnologie und den an sie gerichteten gesundheitlichen Hoffnungen in keiner Weise gerecht. Hier offenbare sich eine zum Dogma gewordene Ignoranz gegenüber Fortschritten in der Medizin, eine unverantwortliche Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal kranker Menschen. „Im Gegensatz dazu wollen wir die Landesregierung durch einen Parlamentsbeschluß darauf festlegen und daran binden, daß die Chancen der Gentechnologie auch in Nordrhein-Westfalen entschlossen genutzt und die pharmazeutischen Unternehmen unseres Landes zum Einsatz der Bio- und Gentechnologie stärker als in der Vergangenheit ermutigt werden“, sagte Henke. Gentechnologie sei ein Schlüssel zum therapeutischen Fortschritt.

Vera Dedanwala (SPD) betonte, Biotechnologie und Gentechnologie seien keine unterschiedlichen und keine parallelen Bereiche. Gentechnologie sei ein Teilgebiet der Biotechnologie. Und heute gehe es ausnahmslos darum, der Biotechnologie mit Methoden der Gentechnologie neue Anwendungen zu eröffnen. In den Ohren der meisten Menschen klinge der Begriff Biotechnologie freundlicher. Er schaffe positive, umweltfreundliche Assoziationen. Er sei viel leichter zu akzeptieren als der Begriff Gentechnologie. Damit würden große Ängste ausgelöst. Mit diesen Vorbehalten gegen Gentechnologie und damit gegen Biotechnologie müsse man in der Bevölkerung rechnen und deshalb in einen breiten gesellschaftlichen Diskurs eintreten und viel Überzeugungsarbeit leisten, damit die Ziele erläutert werden könnten und so um Verständnis geworben werde. „Wir brauchen die Chancen der Gentechnologie in der Medizin“, folgerte die Abgeordnete.

Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) sagte, sie würde es begrüßen, wenn man die Behandlung dieses Antrages zum Anlaß nehme, das Defizit auszugleichen, das bisher in der Öffentlichkeit entstanden sei. Über die Medien werde nämlich meist der Eindruck erweckt, ohne Gentechnik sei eine Heilung von Krankheiten nicht möglich. Meldungen, es seien Mittel gegen Krebs, Rheuma und so weiter gefunden, würden mit großen Überschriften verkündet, wenn es aber an-



Gesellschaftlicher Diskurs nötig: v.l. Rudolf Henke (CDU), Vera Dedanwala (SPD), Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) und Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD).
Fotos: Schälte

schließend heiße, daß es ein Flop gewesen sei, dann geschehe dies eher mit kleinen Überschriften und sehr kleinen Artikeln. Wenn man über Gentechnik oder auch Biotechnik in der Medizin rede, dann müsse man über Medikamente reden. Es sei völlig richtig, daß es in diesem Bereich Medikamente gebe, die einen eindeutigen Vorteil mit sich brächten. Ihr sei sehr daran gelegen, daß über dieses Thema sachlich und gründlich geredet werde.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) unterstrich, es sei richtig, daß eine effektive Arzneimittelforschung und Arzneimittelherstellung in wirtschaftlicher und therapeutischer Hinsicht ohne den Einsatz der Bio- und Gentechnik nicht mehr denkbar wäre. Die Palette gentechnisch erzeugter Pharmazeutika reiche von Wirkstoffen gegen Krebs bis hin zu Humaninsulin. Die Zukunftschancen, die im Bereich der Medizin mit der Bio- und Gentechnologie verknüpft würden, seien unbestritten. Viele Menschen knüpften große, manchmal übergroße Hoffnungen und Erwartungen an die molekulare Technik auf dem Gebiet der Medizin. Hier träfen die neuen Technologien auf große Zustimmung. Daß es gleichzeitig aber auch Ängste und Befürchtungen gebe, sei verständlich und ernst zu nehmen. In den Beschlußvorschlägen des vorgelegten Antrags verlasse die CDU jedoch die relativ schmale Basis der Bio- und Gentechnologie für Arzneimittel und gebe generell eine Empfehlung für die Anwendung der Bio- und Gentechnologie, was suggeriere, es gäbe keine Notwendigkeit der medizinischen, ethischen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit der Bio- und Gentechnologie in ihrer ganzen Breite.

Dietrich Kessel (SPD) merkte an, in Diskussionen über die Förderung der sogenannten Zukunftstechnologien werde ab und an die Meinung vertreten, daß von der Forschung ein strikter Anwendungsbezug zu fordern sei und daß dementsprechend staatliche Gelder für die Forschungsförderung, insbesondere denjenigen zugute kommen sollten, deren Forschungsaktivitäten stärker anwendungsorientiert seien. Er könne vor einer solchen einseitigen Ausrichtung staatlicher Forschungsfinanzierung nur warnen, weil sie im Ergebnis dazu führen würde, daß der Forschung, die sie glaube nach vorne zu bringen, der Boden entzogen werde. Ohne eine eher grundla-

genorientierte Forschung seien Forschungsprojekte nicht denkbar, die auf eine Anwendung ihrer Ergebnisse zielten. Die bio- und gentechnische Forschung im medizinischen Bereich sei hierfür ein hervorragendes Beispiel.

Technologieminister Bodo Hombach (SPD) bekräftigte, man habe in der Vergangenheit und auch jetzt Chancen und Risiken abzuwägen. „Vielleicht war es mehr unsere Eigenart: wir haben mehr die Risiken betrachtet und so stark in den Vordergrund gestellt, daß Forschung und insbesondere wirtschaftliche Nutzung bei uns kaum möglich waren.“ In den USA habe man sehr stark die Chancen betrachtet und in den Mittelpunkt gestellt. Dort könne man nicht nur eine Entwicklung von ökonomischem Erfolg verzeichnen, sondern man habe dort auch Hunderttausende von Arbeitsplätzen damit geschaffen. Er wolle auf der anderen Seite natürlich klarmachen, daß es der Wirtschaft in keinem Fall dienen würde, die Risiken, die in einer solchen Technologie lägen, nicht zu sehen und nicht alles zu unternehmen, die möglichen Risiken zu minimieren.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) führte aus, Fakt sei, daß gentechnisch produzierte Medikamente in der Regel nicht für seltene Krankheiten erforscht würden, da der Markt für derartige Therapeutika viel zu klein sei, als daß sich in der Gentechnik extrem hohe Forschungs- und Investitionskosten amortisieren würden. Gerade wegen der Kapitalintensität dieser Technologie gehe sie in den Bereich, in dem Grundlagemedikamente erforscht würden. Gentechnisch erzeugte Medikamente würden also für solche Krankheiten entwickelt, die große Bevölkerungsschichten betrafen, was einen großen Absatzmarkt garantiere. Von den zehn am meisten umgesetzten Medikamenten, mit denen mehr als eine Milliarde Dollar Umsatz jährlich erzielt werde, entstammten bereits drei der gentechnischen Forschung. Deshalb sei das Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen sehr differenziert zu sehen. Man müsse nämlich dagegen rechnen, wie viele Arbeitsplätze in den Bereichen wegfielen, in denen vorher die entsprechenden Medikamente auf herkömmliche Weise hergestellt worden seien.

Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) fügte an, über die Arbeitsplätze sollte man noch einmal ru-
(Fortsetzung Seite 14)

Debatte schlug Bogen vom Zentralabitur zu Art des Lehrens und Lernens

Zukunft der gymnasialen Oberstufe konträr beurteilt

Die CDU-Opposition hat sich im Landtag für ein leistungsstarkes und zukunftsorientiertes Gymnasium eingesetzt und in einem Antrag die Forderung erhoben, die Oberstufe zu reformieren. Die Koalition von SPD und GRÜNEN lehnte dieses Ansinnen ab. Der CDU-Antrag wurde an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung überwiesen. Dort soll die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen (Drs. 12/3122).

Bernhard Recker (CDU) erklärte, die CDU stehe nicht allein mit der Meinung, daß die sogenannten Qualitätsmaßnahmen von Schulministerin Behler bei weitem nicht ausreichen und widersprüchlich und halberzig seien. Recker nannte Beispiele: Die Ministerin fordere eine Verschärfung der Versetzungsordnung für die Hauptschule, für die Realschule und für das Gymnasium, gleichzeitig halte sie an der Abschaffung jeglicher Versetzungsbestimmungen für die Gesamtschule als sogenanntem pädagogischen Fortschritt fest. Die Reform der gymnasialen Oberstufe sei gescheitert. Die gymnasiale Oberstufe müsse deshalb dringend grundlegend umgestaltet werden, wenn man die Zukunftschancen vieler junger Menschen wirklich verbessern wolle. Politik befinde sich in der Verantwortung, aufgrund aktueller Daten dafür zu sorgen, daß Abiturienten wieder eine solide Allgemeinbildung und eine wirkliche Studierfähigkeit erhielten. Das sei nur zu erreichen, wenn bestimmte Kernfächer nicht abwählbar seien.

Friedrich Schepsmeier (SPD) erinnerte daran, daß vor nicht einmal zwei Jahren ein Beschluß im Landtag gefaßt worden sei, in dem es um die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe gegangen sei, und in

dem begründet und angeknüpft an den Diskussionsstand in der Wissenschaft und in anderen Bundesländern hier Richtlinien gesetzt worden seien, die diametral dem entgegenstünden, was die CDU jetzt einfordere. Es werde also im Antrag der CDU nicht weniger gefordert, als daß der Landtag eine Kehrtwende innerhalb kürzester Zeit machen solle, ohne daß inhaltliche Begründungen aus der Oberstufe selbst heraus gegeben würden. Es werde darüber hinaus beantragt, daß NRW ausschere aus einem vor einem guten Jahr einstimmig in der Kultusministerkonferenz gefaßten Beschluß zur Weiterentwicklung der reformierten Oberstufe, der auf diesem Gutachten beruhe. Im übrigen bezeichnete der Abgeordnete das von der CDU geforderte Zentralabitur als keine geeignete Antwort auf die Herausforderungen der gymnasialen Oberstufe.

Brigitte Schumann (GRÜNE) machte darauf aufmerksam, nachdem 1997 eine Kompromißlinie von der Kultusministerkonferenz gefunden worden sei, hätten sich Bayern und Baden-Württemberg daran gemacht, mit eigenmächtigen Positionen den Konsens zu verlassen. Es sei zu erwarten gewesen, daß die CDU in NRW auf diesen Zug springe, und es sei eine Frage der Zeit gewesen, wann sie es tue. Das schlechte Abschneiden von bundesdeutschen Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe II des Gymnasiums und der Gesamtschule im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht sei als Message der internationalen Leistungsvergleichsstudie begierig von der CDU aufgesogen worden. Aber die CDU habe sich zu früh gefreut. Sie sei mit ihrer unkritischen Rezeption der Studie dieser auf den Leim gegangen; denn das Gutachten des Max-Planck-Institutes habe einräumen müssen, daß die veröffentlichten

Länderlisten methodisch problematisch seien.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) betonte, es sei klar: nicht das Zentralabitur, nicht der Klassenverband, nicht die Schulstruktur begründeten Leistungsunterschiede, sondern die Art wie gelehrt und wie gelernt werde. Sie sage einmal dazu: Lehrerinnen und Lehrer wüßten eigentlich, daß das entscheidende Moment und der entscheidende Impuls sei. Es komme nämlich darauf an, ob fachlich komplex oder wie fachlich komplex gelernt werde, ob in Anwendungssituationen gedacht und gelernt werde, ob auf der Grundlage eines verfügbaren Grundlagenwissens unterschiedliche Lösungsansätze zugelassen würden. An all diesen Punkten gebe es aus ihrer Sicht eindeutig Nachholbedarf. Es seien bloß in der Regel nicht die Forderungen gewesen, die aus den Reihen der Opposition bisher gekommen seien. Wenn es um Anwendungsbezug, um stärkere Praxisorientierung des theoretischen Lernens gegangen sei, habe die CDU mehr hehre Ziele in Gefahr gesehen. Es sei also nicht gerade die Richtung gewesen, in die die CDU habe Schulen entwickeln wollen.

Dr. Hans Horn (CDU) meinte, die Reform der reformierten Oberstufe sei gerade in NRW reformbedürftig. Er erinnerte daran, daß bereits 1993 schon gewisse Beschränkungen der Wahlfreiheit durchgeführt worden seien, als man erkannt habe, daß die Freiheit der Wahl allzu bunte Blüten getrieben habe. Nun hätten die Kultusminister weitere Schritte ins Auge gefaßt, um die Qualität der allgemeinen Hochschulreife zu sichern, die Studierfähigkeit zu verbessern und den Übergang in eine berufliche Ausbildung zu gewährleisten. Die Schulministerin solle jetzt entsprechende Konsequenzen mit einer Neufassung ziehen, nämlich der Verordnung über den Bildungsgang und die Abiturprüfung der gymnasialen Oberstufe.



Am Rande des Plenums: v. r. der ehemalige Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), Landtagspräsident Ulrich Schmidt, der neue Regierungschef Wolfgang Clement (SPD) sowie der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Michael Vesper (GRÜNE). Foto: Schälte

Gentechnologie ...

(Fortsetzung vor Seite 13)

hig und fachlich fundiert in den Ausschüssen reden.

Rudolf Henke (CDU) erklärte in einem weiteren Beitrag, die Arbeitsplätze entstünden natürlich nicht nur im Bereich der Pharmazie, sondern sie entstünden beispielsweise auch im Bereich von Pflanzenschutz. Sie entstünden auch in anderen Anwendungsbereichen der Bio- und Gentechnologie. „Aber Sie erklären, Sie träten dafür ein, im Bereich der Lebensmittel ein EU-weites Verbot zu erreichen.“ Dies sei der Punkt, an dem er sage: in dieser Frage müsse der Ministerpräsident entscheiden. Herr Clement müsse das, was er bisher als Wirtschaftsminister vorgetragen und behauptet habe, nun zur Richtschnur der Landesregierung machen.